Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

# Durlacher Tagblatt. 1920-1964
# 1932

99 (28.4.1932)

Visual Library

# Durlacher Tageblatt

(Durlacher Wochenblatt gegründet 1829) mit den amtlichen Bekanntmachungen für den Amtsbezirk Karlsruhe.

Erscheint täglich nachmittags, Sonn- u. Feiertage ausgenommen. Bezugspreis: Durch unsere Boten frei ins Haus im Stadtbereich monatlich 1,70 Mark. Einzelnummer und Belegblatt 10 Pfennig.

Druck u. Verlag: Buchdruckerei A. Dups, Durlach, Mittelstr. 6. Fernsprecher 204. Postscheckkonto Karlsruhe Nr. 10101.

Anzeigenberechnung: Die 8gespaltene Millimeterzeile 8 Pfennig, Reklamezeile 25 Pfennig. Schluß der Anzeigenannahme tags zuvor nachm. 4 Uhr, für dringliche Familienanzeigen am Erscheinungstag ½9 Uhr vorm. Für Platzvorschriften und Tag der Aufnahme kann keine Gewähr übernommen werden. Im Falle höherer Gewalt hat der Bezieher keine Ansprüche bei verspätetem oder Nichterscheinen der Zeitung.

Nr. 99 — Donnerstag, den 28. April 1932 — 103. Jahrgang


## Kurze Tagesübersicht

**Tardieu hat dem französischen Vertreter in Genf mitgeteilt, daß er wegen einer Kehlkopfentzündung am Freitag nicht nach Genf fahren könne.**

*

**Der deutsche Antrag, der im Luftfahrtausschuß der Abrüstungskonferenz für wirksame Abrüstungsmaßnahmen in der Militärluftfahrt eingebracht wurde, ist einem Unterausschuß überwiesen worden.**

*

**Die Nationalsozialisten beantragten beim Reichstag, den Reichspräsidenten zu ersuchen, den Reichstag aufzulösen.**

*

**Mit der Abreise Brünings aus Genf rechnet man am Donnerstag abend, während Stimson und Macdonald am Freitag bezw. Samstag Genf verlassen werden.**

*

**Von Seiten der englischen Genfer Abordnung wird erklärt, daß eine Lösung des ganzen Abrüstungsproblems nur durch ein internationales Abkommen möglich sei. Eine endgültige Regelung der Reparationsfrage auf der Lausanner Konferenz müsse mit allen Mitteln angestrebt werden.**

*

**Bei einer an und für sich unbedeutsamen Abstimmung im irischen Parlament in Dublin hat die Regierung de Valera ihre erste Niederlage einstecken müssen. De Valera leitete die zweite Lesung über das Gesetz zur Abschaffung des Treueides durch eine große Rede ein.**

*

**Im Unterhaus gab die englische Regierung bekannt, daß die neuen Zölle im allgemeinen vor Ablauf der nächsten zwölf Monate nicht herabgesetzt werden könnten.**

*

**Japan hat die vom englischen Gesandten Lampson vorgeschlagene Kompromißformel für die chinesisch-japanischen Waffenstillstandsverhandlungen angenommen.**

*

**Die japanische Armee in der Nordmandschurei hat einen groß angelegten Vernichtungsfeldzug gegen die chinesischen Freischärler eingeleitet.**

## Wird abgerüstet?

### Genfer Marineausschuß

**Genf**, 27. April. Im Marineausschuß der Abrüstungskonferenz ergab sich eine **große Verschiedenheit der Auffassungen über die Bewertung der einzelnen Schiffstypen**; der Nachdruck, mit dem die Delegationen sich für die Beibehaltung der einen oder anderen Kategorien einsetzten, zeigte deutlich, daß auch in diesem Ausschuß jedermann unter qualitativer Abrüstung die Abschaffung und nicht die Internationalisierung versteht. Der **amerikanische** Delegierte erklärte, daß der Begriff Angriffswaffe mit Ausnahme der Unterseeboote auf die Flotte überhaupt nicht anwendbar sei. Das Ziel des Seekrieges sei die Beherrschung des Meeres und die Schädigung des feindlichen Handels. **Gegen die Abschaffung der U-Boote** sprachen sich die Vertreter Polens, Japans und Finnlands aus. Der Vertreter **Japans** forderte dagegen die Abschaffung der Flugzeugmutterschiffe als einer besonders gefährlichen Angriffswaffe. Im Gegensatz zu dem amerikanischen Erklärungen wies der Vertreter der Sowjetunion darauf hin, daß gerade die Linienschiffe vermittels der Blockade oder durch Vorbereitung einer Invasion als Angriffswaffe und als Bedrohung der Zivilbevölkerung wirken könnten.

### Beratungen des Genfer Luftfahrtausschusses

**Genf**, 27. April. Der Luftfahrtausschuß ist zum erstenmal zusammengetreten. Der deutsche Vertreter, Ministerialdirektor **Brandenburg**, stellte den **Antrag**, unter den vom Hauptausschuß bezeichneten Gesichtspunkten die **gesamte Militärluftfahrt zu prüfen** und entsprechende Vorschläge auszuarbeiten. Er wies darauf hin, daß die Aufgabe dadurch erleichtert werde, daß in den Friedensverträgen von 1918 eindeutig die Waffen bezeichnet worden seien, deren Abschaffung wegen ihres Offensivcharakters als eine unerläßliche Abrüstungsmaßnahme angesehen wurde. Die Luftwaffe habe nach dem Urteil aller militärischen Kreise außerordentlich gewonnen. Der ungeheure Ausbau der Militärluftfahrt in den letzten Jahren überall in der Welt sei ein eindrucksvoller Beweis. Deutschland und andere Mächte hätten die militärische Luftfahrt durch Zerstörung abgerüstet und so ein Beispiel gegeben. Man dürfe sich nicht nur auf die Bombenluftfahrzeuge beschränken, sondern müsse sich auch mit den Jagd- und Aufklärungsflugzeugen, die ebenfalls im Versailler Vertrag in die qualitative Abrüstung einbezogen worden seien, beschäftigen. Der Ausschuß habe die Pflicht, betonte der deutsche Vertreter nochmals, konkrete Vorschläge zu machen.

Der deutsche Antrag wurde einem Unterausschuß überwiesen. Mit ihrem Antrag hat die deutsche Delegation einen entscheidenden Vorstoß in der Richtung gemacht, daß auf dem Gebiete der Militärluftfahrt wirksam abgerüstet wird.

### Die Unterredung Stimson-Macdonald-Brüning in französischem Licht

**Paris**, 27. April. Der in Genf weilende Außenpolitiker des „Echo de Paris" mißt der Unterredung **Stimson-Macdonald-Brüning** eine besondere Bedeutung bei. Sie könne als **Vorbereitung der Führerbesprechung** gelten, die für nächsten Freitag anberaumt sei. Ein Protokoll über die Besprechung sei der französischen Delegation übergeben worden, während **Grandi** telephonisch von dem Verlauf unterrichtet worden sei. In den Besprechungen sei zum Ausdruck gekommen, daß die **Beseitigung der Angriffswaffen eine solide Grundlage sei, auf der man positiv aufbauen könne.** Die Quantitätsfrage solle so geregelt werden, daß jede Nation ein „absolut feststehendes Kontingent erhält", das nach ihren innenpolitischen und grenzpolitischen Bedürfnissen errechnet werde, wobei die Deutschland durch den Versailler Vertrag zustehenden Effektivbestände als Maßstab gelten könnten für das, was ein 64-Millionen-Volk brauche. Zu diesem Kontingent könne dann noch ein veränderliches Kontingent geschlagen werden, das den Notwendigkeiten der nationalen Verteidigung und den Anforderungen der internationalen Sicherheit entspreche. Die Urheber dieses Systems rühmten seine Geschmeidigkeit. Der Außenpolitiker des Blattes bezeichnet einen derartigen **Plan als nicht besonders verlockend für Frankreich**, und in diesem Sinne hätten sich auch französische Militärsachverständige in Genf geäußert. **Grandi dagegen trete für ihn ein.** Dr. Brüning habe auf der Unterredung mit Stimson und Macdonald Bedenken geäußert und besonders betont, daß Deutschland im Versailler Vertrag eine **zu geringe Truppenstärke** erhalten habe. Die Frage würde jedenfalls bei der Besprechung am Freitag in Anwesenheit Tardieus weiter behandelt werden.

### Tardieu reist nicht nach Genf

**Paris, 27. April. Tardieu hat an den ständigen Delegierten Frankreichs beim Völkerbund, Paul Boncour, heute vormittag folgendes Telegramm gerichtet: Ich wäre Ihnen sehr verbunden, wenn Sie den Herren Stimson, Macdonald, Dr. Brüning und Grandi folgende Mitteilung machen wollten: Als ich gestern den Wunsch meiner Kollegen, mich am Freitag in Genf zu sehen, erfuhr, habe ich, obgleich leidend, zugesagt. Aber die starke Kehlkopfentzündung, von der ich befallen bin, hat solche Fortschritte gemacht, daß mein Arzt mir formell diese beiden Nachtreisen untersagt. Er verbietet mir ebenfalls, die politische Rede, die ich morgen in Belfort halten wollte. Sie wird in meinem Namen von einem meiner Regierungskollegen verlesen werden. Er verordnet mir bis auf weiteres Schweigen und völlige Ruhe. Ich bin hierüber untröstlich, aber ich kann nichts dagegen tun. Ich bitte Sie, meinen Kollegen mein freundschaftliches Bedauern zum Ausdruck bringen zu wollen.**

*

### In Genf große Ueberraschung über Tardieus Absage.

T.U. **Genf**, 27. April. Die heute nachmittag telephonisch eingetroffene Nachricht von der Erkrankung Tardieus und die Absage seiner Rückkehr nach Genf am Freitag hat allgemein große Ueberraschung hervorgerufen, da die gestrige Besprechung zwischen Macdonald, Stimson und Brüning die zahlreichen vertraulichen Verhandlungen der letzten Tage ausschließlich der Vorbereitung der Besprechung am Freitag galten, in der zum ersten Male der Versuch einer Ueberbrückung der deutsch-französischen Gegensätze mit englisch-amerikanischer Vermittlung unternommen werden sollte. In den Nachmittagsstunden wurde der deutschen Abordnung telephonisch von der französischen Abordnung das Fernbleiben Tardieus mitgeteilt. Reichskanzler Brüning hat jedoch in den Morgenstunden bereits mit einigen deutschen Herren einen Autoausflug in die Umgebung Genfs unternommen und war bis ½6 Uhr nachmittags noch nicht zurückgekehrt, sodaß irgendwelche Entscheidungen über die dadurch bedingte Abänderung des Verhandlungsprogramms von deutscher Seite noch nicht getroffen sind. Im Laufe des Tages haben mehrfach eingehende Unterredungen zwischen Macdonald, Stimson und Paul Boncour stattgefunden. In internationalen Kreisen werden die Folgen des Fernbleibens Tardieus eingehend erörtert. Es besteht der Eindruck, daß damit auf französischer Seite eine Verschiebung der Besprechung bis nach den französischen Kammerwahlen bezweckt ist und daß erst nach den französischen Wahlen die neue französische Regierung zu entscheidenden Verhandlungen über die Reparations- und Abrüstungskonferenz bereit ist. Wie verlautet, beabsichtigen jedoch Stimson und Macdonald Ende dieser oder anfangs nächster Woche Genf zu verlassen, sodaß infolgedessen die allgemein mit großer Spannung erwartete englisch-amerikanische Vermittlungsaktion zur Lösung der deutsch-französischen Gegensätze anscheinend nicht stattfinden wird.

*

### In Genf gerät alles ins Stocken.

T.U. **Genf**, 27. April. Nach der Absage Tardieus steht noch nicht fest, wann in Genf eine neue Zusammenkunft der führenden Staatsmänner der Großmächte stattfinden wird. Eine Teilnahme des amerikanischen Staatssekretärs wird in Zukunft nicht mehr möglich sein, da Stimson am Freitag abend Genf verläßt. Es ist daher fraglich, ob die in Genf angestrebte Vorbereitung der Lausanner Konferenz und beabsichtigte Klärung der in Lausanne zu behandelnden großen Probleme in Genf noch erreichbar ist. Die Hinauszögerung ist — das muß sachlich festgestellt werden — lediglich auf die Absage Tardieus zurückzuführen. Es besteht in internationalen Kreisen übereinstimmend die Auffassung, daß die französische Regierung vor den Neuwahlen, die eine ganz andere Regierung ergeben können, entscheidende Verhandlungen in Genf einfach nicht wünscht. Unter diesen Umständen ist es gleichfalls fraglich, ob die ursprünglich vorgesehene Inangriffnahme der entscheidenden Abrüstungsfragen im Hauptausschuß, besonders die Verhandlungen über die Fragen der Gleichberechtigung und die Internationalisierung der Waffen, wie vorgesehen nach Pfingsten stattfinden wird.

## Gröner bei Hindenburg

**Berlin**, 27. April. Reichsinnenminister Gröner hat Reichspräsident von Hindenburg über die Prüfung des Materials wegen des Reichsbanners berichtet, und zwar, wie verlautet, daß kein Grund zu der Annahme vorliegt, es seien beim Reichsbanner Gesetzesübertretungen vorgekommen. Die Vorschläge an das Reichskabinett für die weitere Behandlung der Wehrverbände dürften dahin gehen, daß alle Verbände angewiesen werden, militärähnliche Organisationen aufzulösen, soweit ihre Auflösung nicht schon geschehen ist. Eine Auflösung des Reichsbanners komme nicht in Frage. Mit der ganzen Angelegenheit wird sich das Reichskabinett erst nach der Rückkehr des Reichskanzlers entscheidend befassen. Die Unterredung zwischen Hindenburg und Gröner hat drei Stunden gedauert. Daraus darf man entnehmen, daß offenbar der Reichspräsident mit den Vorschlägen des Innenministers nicht ganz einverstanden war und daß das Kabinett, sobald der Kanzler zurück ist, sich noch einmal mit der ganzen Angelegenheit der Beschwerden gegen das Reichsbanner und der Behandlung der Wehrverbände im allgemeinen beschäftigen wird. Die Möglichkeit ist nicht von der Hand zu weisen, daß sich aus der Unterhaltung Hindenburg-Gröner noch Folgerungen ergeben, die über die Absichten Brünings und Gröners hinausgehen.

Auch die innenpolitische Lage dürfte in der Unterredung Gröners mit Hindenburg eine Rolle gespielt haben. Nach der Rückkehr Brünings aus Genf soll auch eine Art **staatlicher Jugendorganisation** zur Beratung stehen. Aus informierten Kreisen verlautet, daß an die Einführung einer Dienstpflicht (Arbeitsdienst und körperliche Ausbildung der Jugend) gedacht ist, die von staatlichen Organisationen durchgeführt wird. Auch sollen einzelne private Verbände vom Reichsinnenministerium hierfür besonders autorisiert werden.

## Anträge der Opposition

**Berlin**, 27. April. Im Reichstag hat jetzt die **nationalsozialistische Fraktion** beantragt, den Reichspräsidenten zu ersuchen, **den Reichstag aufzulösen.** Ein weiterer Antrag verlangt, daß ein **Untersuchungsausschu zur Untersuchung der Frage eingesetzt wird, ob und welche öffentlichen Mittel für die Hindenburgpropaganda im Reichspräsidentenwahlkampf in Anspruch genommen wurden.** Schließlich soll die Verordnung des Reichspräsidenten über die **Auflösung der SA. und SS. aufgehoben werden.**

Auch die kommunistische **Interpellation zum Falle Kreuger** liegt bereits vor. Ein Antrag der kommunistischen Fraktion verlangt die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses, der sich mit dem Zustandekommen des Reichszündholzmonopols beschäftigen soll.

## Vor entscheidenden Besprechungen der N.S.D.A.P.

T.U. **Berlin**, 27. April. Alle Meldungen von bereits im Gang befindlichen Koalitionsverhandlungen der N.S.D.A.P. mit anderen Parteien, entsprechen, wie wir von maßgebender Seite hören, nicht den Tatsachen.

Hitler wird Donnerstag früh in Berlin eintreffen und erst dann werden die Entscheidungen über das weitere Vorgehen der N.S.D.A.P. getroffen werden.

## Die Anklage gegen Dr. Frick vor dem Staatsgerichtshof

**Weimar**, 27. April. Der Untersuchungsausschuß, der sich mit Maßnahmen der thüringischen Verwaltung, insbesondere in der Amtszeit des ehemaligen **thüringischen Innenministers Dr. Frick** befaßt, nahm am Mittwoch die Schlußanträge entgegen. Danach empfiehlt der Untersuchungsausschuß dem Landtage, **gegen Dr. Frick Strafantrag wegen Urkundenvernichtung und wegen Verletzung der Eidespflicht zu erstatten, ferner ihn wegen schuldhafter Verletzung der Verfassung und der Gesetze vor dem Staatsgerichtshof anzuklagen.** Es handelte sich hierbei um den Versuch, Hitler durch Anstellung als Gendarmeriekommissar von Hildburghausen die deutsche Staatsangehörigkeit zu verschaffen.

Zu dem Punkt „Durchsetzung der Polizei mit Nationalsozialisten" empfiehlt der Untersuchungsausschuß dem Landtag, auszusprechen, daß das Verfahren Dr. Fricks nicht mit dem Gedanken der Lauterkeit der Verantwortung entspricht.

## Das Ende des Zirkus Schneider

Die Versteigerung des Zirkus Schneider in Neapel hat sich zu einer neuen Enttäuschung für den Besitzer gestaltet. Für die 59 großen Löwen und zwei Tiger mit einem Inventarwert von 372 700 Lire wurde keinerlei Angebot gemacht. Ebenso wenig fanden die elf kleinen Löwen und die elf dressierten Schimmel einen Käufer. Dagegen konnten für einige Hunde Abnehmer gefunden werden. Das Lama sowie zwei Hirsche wurden von einem italienischen Grundbesitzer verkauft. Die Affen, Enten, Gänse, Ziegen und Seehunde blieben gleichfalls unverkauft, während der schöne Königsadler von der Zeitung „Mattino" erstanden wurde, die ihn den Alpini zum Geschenk machte.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK — Baden-Württemberg

## Wie würde ein neuer Reichstag aussehen?

Die Ergebnisse der Länderwahlen haben den Länderparlamenten eine ganze neue Zusammensetzung gegeben. Da ist es immerhin interessant zu wissen, wie bei einer eventuellen Neuwahl des Reichstages der neue Reichstag aussehen würde. Wenn man die Ergebnisse der Länderwahlen auf eine Reichstagswahl umrechnet, so ergibt sich folgendes Bild:

| Namen der Parteien: | Mandate 14. 9. 1930 | Mandate neuer Reichstag |
|---|---|---|
| SPD. | 143 | 129 |
| DNVP. | 41 | 34 |
| Zentrum | 68 | 70 |
| Bayerische Volkspartei | 19 | 21 |
| KPD. | 77 | 70 |
| Deutsche Volkspartei | 30 | 8 |
| Staatspartei | 14 | 11 |
| Wirtschaftspartei | 23 | 6 |
| NSDAP. | 107 | 212 |
| Landvolk | 28 | 7 |
| Deutsch-Hann. | 3 | 1 |
| Konj. Volkspartei | 4 | — |
| Volksnat. Reichsver | 6 | — |
| Christl.-Soz. | 14 | 8 |
| Zusammen: | 577 | 577 |

Es mußte dabei berücksichtigt werden, daß die kleinen Parteien wegen der verschiedenartigen Listenverbindungen jeweils nicht genau ermittelt werden können. Daher ist die Deutsche Volkspartei in Bayern der Wirtschaftspartei in Württemberg und Baden, die Staatspartei in Bayern der Bauernpartei und diese wieder dem Landvolk zugerechnet worden. Unberücksichtigt blieb, daß kleine Parteien unter Umständen bei wirklichen Reichstagswahlen überhaupt ohne Mandat ausgehen würden.

Man ersieht aus dieser Zusammenstellung, daß auch in einem neugewählten Reichstag das Zentrum die Schlüsselstellung innehaben würde. Eine **rein bürgerliche Reichsregierung von den Nationalsozialisten bis zu der Deutschen Volkspartei** unter Einschluß des Landvolks und der Wirtschaftspartei und unter Ausschluß des Zentrums kann höchstwahrscheinlich **nicht gebildet werden**, da diese Parteien im neuen Reichstag nur über 276 von 577 Mandaten verfügen werden.

## Tagung des Verwaltungsrats der Reichsbahngesellschaft

**Berlin**, 27. April. Vom 25. bis 27. April tagte in Berlin der Verwaltungsrat der Deutschen Reichsbahngesellschaft. Er genehmigte Geschäftsbericht und Bilanz für das Rechnungsjahr 1931 und beschloß die Ausschüttung einer 7prozentigen Dividende auf die ausgegebenen Vorzugsaktien Serie 1—5. In der Verkehrsentwicklung im ersten Vierteljahr des Jahres 1932 drückt sich die weitere Verschlechterung der Wirtschaftslage in vollem Maße aus. Der Güterverkehr erbrachte gegen die gleiche Zeit des Vorjahres 31 Prozent weniger Einnahmen. Beim Personenverkehr machte sich ein Einnahmeausfall gegenüber dem Vorjahre von etwa 17 Prozent, gegen das Jahr 1929 von nahezu 26 Prozent bemerkbar. Um den Reiseverkehr zu beleben, gab der Verwaltungsrat seine Zustimmung zu einer vorgeschlagenen **Fahrpreisermäßigung**. Danach wird vom 1. Juni d. J. ab der **Schnell- und Eilzugszuschlag um die Hälfte ermäßigt**. Das Spannungsverhältnis bei den **Monats- und Schülermonats- und Teilmonatskarten** wird geändert, sodaß eine Ermäßigung zwischen 8 und 21 Prozent eintritt. Außerdem werden nunmehr **Urlaubskarten** für die Zeit vom 1. Juni bis 15. Oktober 1932 eingeführt mit einer 20prozentigen Fahrpreisermäßigung und einer Geltungsdauer von 2 Monaten, wobei die Reise sich mindestens auf 200 Kilometer erstrecken muß und die Rückreise nicht vor dem 11. Geltungstage angetreten werden darf. Vorausgesetzt wird, daß diese Urlaubsfahrten sich auf Reiseziele in Deutschland erstrecken.

## „Graf Zeppelin" wieder daheim

**Friedrichshafen**, 27. April. Das Luftschiff „Graf Zeppelin" erschien am Mittwoch früh um 3.55 Uhr zum erstenmal über dem Landungsplatz. Es war ein herrlicher Anblick, als das Luftschiff mit dem Scheinwerfen den Platz und den See beleuchtete. Die Landung vollzog sich glatt um 5 Uhr. Die Fahrzeit bis zum ersten Erscheinen des Luftschiffes in Friedrichshafen betrug 96 Stunden 50 Minuten. An Bord befanden sich 14 Passagiere und 130 Kilogramm Post.

## Die österreichischen Wahlen

### Die Erfolge der Nationalsozialisten

Der **Einbruch der Nationalsozialisten** in den Wiener Gemeinderat und in die Landtage von Niederösterreich und Salzburg sowie ihre großen Gewinne bei den Gemeindewahlen in Steiermark und Kärnten geben der österreichischen Innenpolitik mit einem Schlage ein neues Gesicht. Der Heimatblock und der Landbund, die im Nationalrat noch vertreten sind, sind ein Kopf ohne Rumpf, das heißt, sind Mandatare ohne Wähler. Das gleiche gilt für die Großdeutschen. Mit anderen Worten, im Nationalrat sind von fünf Parteien drei Parteien ohne Rückhalt in der Wählerschaft, während die **Nationalsozialisten**, die in Wien und Niederösterreich allein an 300 000 Stimmen erringen konnten, **im Nationalrat keine Vertretung besitzen.** Es liegt daher nahe, daß nun der Ruf nach einer **Auflösung des Parlaments** und Neuwahlen ertönt mit der Begründung, daß die Zusammensetzung des jetzigen Parlaments nicht mehr dem Willen des Volkes entspreche. Man spricht von **Neuwahlen im Herbst** dieses Jahres. Freilich scheinen sich auch in Oesterreich die Verhältnisse wie in Preußen entwickeln zu wollen; sowohl die Sozialdemokraten als auch die Christlich-Sozialen, bezeigen nach diesem Wahlausgang keine besondere Neigung für Neuwahlen.

Bemerkenswert ist der überaus große Gewinn der Nationalsozialisten in Wien, wo sie über 200 000 Stimmen erringen konnten. Sie haben sich innerhalb von zwei Jahren in Wien verachtfacht. Mit 15 Mandaten ziehen sie in die Wiener Gemeindestube ein, in der außerdem 66 Sozialdemokraten und 19 Christlich-Soziale sein werden. Im alten Gemeinderat, der um 20 Mitglieder mehr, also 120 Sitze hatte, waren die Sozialdemokraten durch 78, die Christlich-Sozialen durch 40 und die Großdeutschen durch 2 Mandate vertreten. Es verlieren also die Christlich-Sozialen, wenn man das Verhältnis im alten Gemeinderat zur Grundlage eines Vergleiches nimmt, 15 Mandate.

In Niederösterreich hat sich die Stimmenzahl der Nationalsozialisten verdreifacht; sie sind auf 110 000 gestiegen. Sie haben die Stimmen der Großdeutschen und Landbunds sowie einen Teil der Heimatblockwähler an sich gezogen.

In Kärnten liegt ein abschließendes Ergebnis noch nicht vor, doch dürften die Nationalsozialisten rund 300 Gemeinderatsmandate neu gewonnen haben, während sich in Steiermark ihr Erfolg in etwas bescheidenere Grenzen hält. Den Vormarsch in Steiermark hat der Heimatschutz, der mit den anderen bürgerlichen Parteien vielfach eine gemeinsame Liste aufgestellt hatte.

Im Gegensatz zum Deutschen Reich hatten sich die politischen Verhältnisse in Oesterreich stark in der Richtung auf ein Zwei-Parteien-System entwickelt. Christlich-Soziale und Sozialdemokraten waren die großen, weltanschaulich fundierten Blöcke, die das innerpolitische Feld Oesterreichs umrahmten. Die alten Großdeutschen und die neuere Wirtschaftspartei haben von diesem Zustand zwar manchmal profitiert, sie haben ihn aber nie gefährdet. Die Auflösung des Zwei-Parteien-Systems schien vor Jahren das erstemal von der Seite der Heimwehr zu kommen. Der Vorstoß mißlang in dem Augenblick, in dem die Heimwehrbewegung sichtbar unter das Protektorat der Christlich-Sozialen geriet. Diese Wahlen haben nun einen neuen kräftigen Vorstoß einer neuen politischen Gruppe in das praktisch bestehende Zwei-Parteien-System gebracht: den Vorstoß der Nationalsozialisten. Für Oesterreich ist dies ein Vorgang von grundsätzlicher Bedeutung. Schreitet die Entwicklung, vor allem bei den Parlamentswahlen, in der eingeschlagenen Richtung fort, dann wird man mit einer Auflockerung des seit Jahren stagnierenden innerpolitischen Lebens in Oesterreich rechnen dürfen. Mit dem österreichischen Nationalsozialismus ist in den deutschen Alpenländern eine Bewegung zum Durchbruch gekommen, deren Deutsch-Gesinnung außer allem Zweifel steht

## Diskontermäßigung der Reichsbank um ½ Prozent

**Berlin, 27. April. Die Reichsbank hat mit Wirkung ab 28. April 1932 den Diskontsatz von 5,5 auf 5 Prozent, den Lombardsatz von 6,5 auf 6 Prozent ermäßigt.**

Der Zentralausschuß der Reichsbank hat dem Beschluß des Reichsbankdirektoriums, den Diskontsatz und den Lombardsatz mit Wirkung vom 28. April um je ein halb Prozent auf 5 bezw. 6 Prozent zu ermäßigen, nach Begründung durch den Reichsbankpräsidenten Dr. **Luther** zugestimmt. Die Reichsbank hat sich trotz der sich aus der Devisenlage ergebenden Hemmungen zu dieser **Zinssenkung entschlossen, um der Wirtschaft von der Zinsseite her die nach der Gesamtlage vertretbaren Antriebsmöglichkeiten zu verschaffen.** Der Reichsbank wurde ihr Entschluß durch die flüssige Gestaltung des Geldmarktes, durch die fortschreitende Entlastung ihres Status und durch seit der letzten deutschen Diskontsenkung eingetretene weitere ausländische Diskontsenkungen erleichtert.

## Bethlen und Walko über die Donaufrage

T.U. **Budapest**, 27. April. Im Finanzausschuß des Abgeordnetenhauses entwickelte sich eine lebhafte Aussprache über die Donaufrage. Der frühere Ministerpräsident Graf Stephan Bethlen erklärte, der Tardieu-Plan reiche nicht einmal für die Sicherung der Mindestbedürfnisse Ungarns aus. Der landwirtschaftliche Ueberschuß der Donauländer sei viel größer als die Aufnahmefähigkeit Oesterreichs und der Tschechoslowakei. Der Plan bedürfe daher einer Ergänzung, da auch die Märkte von Deutschland und Italien einbezogen werden müßten. Wenn die Tributfrage erledigt sei, würden sich Deutschland und Ungarn auf handelspolitischem Gebiet freier bewegen können.

Der Außenminister Ludwig Walko erklärte u. a., er habe in Genf Gelegenheit gehabt, klar zum Ausdruck zu bringen, daß eine einheitliche Währung der Donauländer, sowie die Aufnahme einer internationalen Anleihe unter gemeinsamer Garantie der Donauländer für Ungarn nicht in Frage komme. Ungarn werde sich an jeder Bewegung beteiligen, die seinen Handelsverkehr vergrößere. Selbstverständlich sei, daß Ungarn seine Selbständigkeit gegenüber anderen Staaten unbedingt bewahren müsse. Es sei ja bekannt, daß Ungarn außer den Donaustaaten großes Interesse an den Märkten Deutschlands und Italiens habe.

## Erwägungen über etwaiges Aussetzen des Durchgangsverkehrs durch Litauen

T.U. **Berlin**, 27. April. Von gut unterrichteter Seite wird der „Berliner Börsenzeitung" mitgeteilt: „Die Entwicklung der Beziehungen zu Litauen, die sich infolge des Verhaltens litauischer Regierungskreise in der Memelfrage in der letzten Zeit ständig verschärft haben, hat Erwägungen notwendig gemacht, in welcher Weise der Personen- und Güterverkehr zwischen Deutschland einerseits, den baltischen Randstaaten und dem nördlichen Teil der Sowjetunion andererseits sichergestellt werden kann, falls der Durchgangsverkehr durch Litauen sich nicht mehr als möglich erweisen sollte. Es kommt dabei vor allem darauf an, daß namentlich der Verkehr der Staaten Lettland und Estland nicht durch Maßnahmen in Mitleidenschaft gezogen wird, die sich als Folge der politischen Intransigenz Litauens zwangsläufig ergeben könnten. Abgesehen von einer Umleitung eines Teiles des sowjetrussischen Güterverkehrs auf Strecken, die das litauische Staatsgebiet nicht berühren, kommt, wie wir hören, die Schaffung eines schnellen preiswerten und bequemen Schiffsverkehrs in Frage, der im Anschluß an die Bahnstrecke Berlin—Königsberg die notwendige Verbindung mit Libau und Riga gewährleisten würde, ohne daß dadurch eine wesentliche Verlängerung der Reisezeit oder eine Erhöhung des Fahrpreises sich ergeben würde."

## Tages-Anzeiger

**Donnerstag, den 28. April.**

**Bad. Landestheater:** „Wallenstein", 19½—23½ Uhr.
**Stala-Tonfilm-Theater:** „Stürme der Leidenschaft", 7 und 9.
**Union-Theater:** „Mann über Bord", 8 und 8¾ Uhr.

## In zwölfter Stunde

Roman von Hans Otto

Urheberrechte: Literatur-Verlag Gloria, Berlin-Steglitz

39. Fortsetzung. Nachdruck verboten.

„Elli!"

Nur das eine Wort entrang sich jubelnd seinen Lippen. Er taumelte auf sie zu, in seinen Ohren war ein Brausen, die Sinne wirbelten ihm durcheinander, er befand sich in einem Zustand unbeschreiblicher Glückseligkeit.

„Dieter Helling!" jauchzte sie ihm entgegen. „Ich habe euch gefunden! Endlich! Endlich!"

Sie sanken sich in die Arme, lachten und weinten vor seliger Freude und konnten nur wirre Worte stammeln.

Rudi war nun auch herangekommen, und die Begrüßung zwischen ihn und Elli war um nichts weniger herzlich.

„Und wo ist Kramer?"

Da fiel der erste Schatten auf ihre Wiedersehensfreude.

Zu einem ausführlichen Bericht war hier nicht der Ort und es war auch nicht die Zeit dazu, denn nur wenige Stunden am Tage war es einigermaßen hell; diese kurze Frist mußte ausgenutzt werden. Noch ehe die Dunkelheit hereinbrach, mußten sie in Amangsalik sein, von wo Elli aufgestiegen war.

Von fern hatte der Sohn Kassugas alles beobachtet, aber nicht gewagt, näher zu kommen, jetzt, da man ihn heranwinkte, faßte er Mut. Mit großen Augen bestaunte er das seltsame, glänzende Ungetüm, hörte auch erklärende Worte, die ihm jedoch, obwohl er ganz gut Englisch sprach, zumeist unverständlich blieben.

Dieter überlegte, womit er dem jungen Menschen seine große Dankbarkeit bezeugen könne. Er wünschte, ihm ein Andenken an diese große Stunde zu geben, dazu schien ihm seine goldene Uhr am besten geeignet. Er zog sie hervor und überreichte sie mit herzlichen Dankesworten dem jungen Manne, der vor Ueberraschung über dieses kostbare Geschenk nur ein paar Worte in seiner Muttersprache stammeln konnte.

Nachdem ihre Habseligkeiten im Flugzeug verstaut waren, reichten ihm alle zum Abschied die Hand und er ging zu seinem Schlitten zurück.

Als das Motorengeräusch einsetzte, war er heilfroh, nicht mehr in der Nähe des seltsamen Vogels zu sein. Er schrak heftig zusammen und verfiel in bewunderndes Staunen, als er sah, wie das Flugzeug über den Schnee sauste, um sich dann leicht wie ein Vogel in die Lüfte zu schwingen. Er starrte ihm nach, bis es seinen Blicken entschwunden war.

### 18. Kapitel.

Das erste, was Reichlin nach Ellis Abflug veranlaßte, war die Wiedereinrichtung der Empfangsstation für die Kurzwellennachrichten Markwalds.

Nicht viel später traf schon die erste Meldung Markwalds ein.

„Habe Funkverbindung mit Elli Brunke. Verständigung ausgezeichnet. Weitere Meldung von Stunde zu Stunde."

Mit Blitzesschnelle war in den Reichlinwerken und ganz Utingen Ellis verwegener Flug nach Grönland bekannt geworden. Nach Fabrikschluß umlagerten Tausende das Fabrikgebäude. Die Arbeiter waren nicht nach Hause gegangen, und zu ihnen hatten sich die Bewohner Utingens in großer Zahl gesellt. In fieberhafter Ungeduld warteten sie auf Nachrichten, die ihnen aus einem der Fenster verkündet wurden. Sobald das geschah, herrschte Totenstille.

Große Neuigkeiten bekamen sie zunächst nicht zu hören; alle Meldungen besagten das gleiche: „Der Flug vollzieht sich programmäßig, ganz nach Wunsch der jungen Pilotin. Sicht und Wetter sind ausgezeichnet, ebenso die Funkverbindung."

Und doch packte alle, die da unten standen, beim jedesmaligen Oeffnen des Meldefenster immer wieder brennende Neugier, überrieselte sie der Schauer einer großen Sensation.

„Ob sie es schaffen wird?" fragten ängstliche Gemüter mit zweifelnden Mienen, denn es war doch nur eine Frau, die den Flug ausführte und ihr konnte doch eigentlich nicht gelingen, was so erfahrenen Männern nicht geglückt war.

„Es wäre doch zu herrlich, wenn es ihr gelänge," sagte ein altes Mütterchen ganz aufgelöst und faltete betend die Hände, den Himmel um seine Hilfe anflehend.

Es dunkelte schon stark: der Zeitpunkte rückte immer näher, wo die endgültige Nachricht eintreffen mußte.

Da gab es zunächst eine Meldung, die recht wenig erfreulich lautete: Die junge Fliegerin klagte über Ermüdung, bat aber zugleich, sich keine Sorgen zu machen.

Doch dann, etwa eine halbe Stunde später, leuchteten alle Fenster des großen Bürohauses auf; sämtliche Beleuchtungskörper erstrahlten in hellstem Licht. Es war wie eine Illumination.

Am Meldefenster erschien dieses Mal nicht, wie bisher, Direktor Amberg, sondern Reichlin persönlich. Hochrufe wurden laut, als die Menge ihn erkannte.

„Ruhe! Ruhe!" riefen viele Stimmen.

Reichlin hob die Hand, zum Zeichen, daß er zu sprechen wünsche und um Gehör bitte.

Augenblicklich wurde es still.

„Liebe Leute! Ich danke euch allen von Herzen für euer lebhaftes Interesse. Ihr habt nicht umsonst gehofft und gewartet. Das tapfere Fräulein Brunke ist soeben glücklich in Ivigtut auf Grönland eingetroffen."

Mit einem Schlage erhob sich ein Wogen und Brausen. Man schrie und jubelte, stieß unausgesetzt Hochrufe aus, genau wie damals, als die verunglückte „Germania" auf dem Flugfeld in Utingen startete.

„Na, Herr von Detten, was sagen Sie denn zu dem Erfolg? Ist er nicht herrlich, wunderbar? Diese Elli Brunke ist doch ein fabelhaftes Mädel!"

Detten lächelte, scheinbar ebenfalls hocherfreut, bei diesen Worten Reichlins. In Wahrheit sah es ganz anders in ihm aus, und er zog sich sobald als möglich zurück.

War für seine Ohren schon die Kunde, die drei Flieger seien am Leben, eine niederschmetternde Nachricht gewesen, so war es die von Ellis geglücktem Flug erst recht.

Aber noch war nichts verloren. Eine Bestätigung, daß die drei wirklich noch am Leben seien, war bis zur Stunde ausgeblieben. Kein Mensch wußte, wo sie sich überhaupt befanden, hatten sie selbst ja nicht einmal eine Ahnung davon. Wie sollte die Brunke da eine Spur von ihnen finden! Das schien mehr als zweifelhaft, wenn nicht ausgeschlossen.

Trotz all' dieser Beruhungsversuche verblieb doch ein gut Teil Aufregung in Detten.

(Fortsetzung folgt.)